

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Wirtschaftspolitik</b>
Schlagworte	<b>Forschung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2022</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bernhard, Laurent  
Escher, Regina  
Hirter, Hans  
Zumofen, Guillaume

## Bevorzugte Zitierweise

Bernhard, Laurent; Escher, Regina; Hirter, Hans; Zumofen, Guillaume 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Wirtschaftspolitik, Forschung, 1976 - 2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Wirtschaft</b>	1
Wirtschaftspolitik	1
Konjunkturlage- und politik	1
Strukturpolitik	1
Wirtschaftsordnung	2

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EFTA</b>	Europäische Freihandelsassoziation
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EVD</b>	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>EG</b>	Europäische Gemeinschaft
<b>BIGA</b>	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
<b>BRD</b>	Bundesrepublik Deutschland
<b>EUREKA</b>	Europäische Forschungsinitiative für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in internationalen Projektkooperationen
<b>CIM</b>	Computer-integrated manufacturing

---

<b>AELE</b>	Association européenne de libre-échange
<b>UE</b>	Union européenne
<b>DFE</b>	Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche
<b>PIB</b>	Produit intérieur brut
<b>CE</b>	Communauté européenne
<b>OFIAMT</b>	Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail
<b>RFA</b>	République fédérale d'Allemagne
<b>EUREKA</b>	Initiative européenne, intergouvernementale, destinée à renforcer la compétitivité de l'industrie européenne
<b>CIM</b>	Computer-integrated manufacturing

# Allgemeine Chronik

## Wirtschaft

### Wirtschaftspolitik

#### Konjunkturlage- und politik

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 31.12.1983  
REGINA ESCHER

In den binnenwirtschaftlichen Bereich fällt das Kernstück des Massnahmenpakets, nämlich das sogenannte **Beschaffungsprogramm**. Dieses sieht Bundesaufträge an die Privatwirtschaft in der Höhe von knapp CHF 665 Mio vor. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Vorhaben, die ohnehin realisiert würden. Das Programm umfasst hauptsächlich Ausrüstungsinvestitionen und Rüstungsgüter. Für letztere sind über CHF 270 Mio bestimmt. Das zeitliche Vorziehen der Aufträge müsste konsequenterweise später zu einer entsprechenden Entlastung des Bundeshaushaltes führen. Von den Käufen der Eidgenossenschaft erwartet man, dass sie weitere Aufträge – von der Seite Dritter sowie von der Seite von Kantonen und Gemeinden – auslösen; insgesamt sollte sich so ein Auftragsvolumen von etwa CHF 1.7 Mil. ergeben. Neben den Beschaffungsvorhaben beinhaltet das Beschäftigungsprogramm in seinem binnenwirtschaftlichen Teil Massnahmen zur Förderung der Forschung (25 Mio) sowie Kredite für die Umschulung und Weiterbildung von Arbeitslosen (0.8 Mio).

#### Strukturpolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.1976  
HANS HIRTER

Bei der sektoralen Strukturpolitik zeigten sich die Behörden bedeutend zurückhaltender als bei der regionalen. Wohl profitierte die Bauwirtschaft nach wie vor von den durch die Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgelösten Aufträgen der öffentlichen Hand; zu irgendwelchen Erklärungen über Besitzstandsgarantien, wie diese bereits 1975 vom Baugewerbe postuliert worden waren, liess sich die Regierung nicht bewegen. Im Gegenteil bekannte sie sich eher zu der von Wissenschaftlern und Spitzenvertretern der Wirtschaft geäusserten Ansicht, dass die gegenwärtigen Strukturkrisen voll durchzustehen seien, da sonst die Probleme der gefährdeten Branchen nur auf einen späteren Zeitpunkt verschoben würden. Mehr als von der Stützung gefährdeter Betriebe versprachen sich die Behörden von Massnahmen zur Linderung sozialer Härten einerseits, von der Förderung von Diversifikations- und Forschungsbestrebungen andererseits. Bereits konnten **Grundzüge eines Konzepts für die Gesundung der Uhrenindustrie** von einer unter der Leitung des BIGA-Direktors J. P. Bonny stehenden Arbeitsgruppe der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der ausgearbeitete Plan sieht insbesondere die Gründung einer gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft zur Koordination und Unterstützung von Selbsthilfeaktionen vor; in diesem Zusammenhang beklagte sich allerdings Bundesrat Brugger, dass gerade in der Uhrenbranche ein bedauerliches Manko an Willen zu überbetrieblicher Zusammenarbeit festzustellen sei. Im Rahmen der zweiten Arbeitsbeschaffungsaktion hatte der Bund bereits einen Beitrag von CHF 2 Mio für die praxisorientierte Forschung der Uhrenindustrie bewilligt, der in der Folge vom Kanton Neuenburg noch verdoppelt worden war.<sup>1</sup>

BUNDESRATSGESCHÄFT  
DATUM: 31.12.1987  
HANS HIRTER

Die Förderung der praxisorientierten Forschung durch den Staat wird in vielen Staaten und insbesondere in der EG als wichtiger Faktor für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft angesehen. Trotz ordnungspolitischer Bedenken ist auch in der Schweiz ein weiterer Schritt in dieser Richtung vollzogen worden. Mit einem Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EG war zwar 1986 für schweizerische Firmen prinzipiell der **Zugang zu EG-Forschungsprojekten** geöffnet worden. Da die EG aber bei ihren Technologieprogrammen für Unternehmen aus Mitgliedstaaten die Hälfte der Kosten übernimmt, fehlten schweizerischen privaten und öffentlichen Forschungsinstituten oft die Mittel, um sich beteiligen zu können. Zur **Behebung** dieses **Wettbewerbsnachteils** beantragte der Bundesrat dem Parlament unter dem Titel **«Finanzierung der technologischen Zusammenarbeit in Europa 1988-1991» einen Verpflichtungskredit von 80 Mio Fr.** Beide Kammern stimmten diesem Bundesbeschluss trotz gewisser ordnungspolitischer Vorbehalte zu. Grundsätzliche Kritik äusserte einzig Herczog (poch, ZH), der den technokratischen Charakter der EG-Forschungsprogramme kritisierte. Von der Wirtschaft war dieser Kredit ebenfalls begrüsst worden. Dabei wurde allerdings betont, dass die staatliche Unterstützung auf die sogenannte vorwettbewerbliche Phase beschränkt bleiben muss. Damit ist nach EG-

Praxis gemeint, dass die Ausarbeitung zu einem marktreifen Produkt nicht unterstützungsberechtigt sein darf.<sup>2</sup>

#### BERICHT

DATUM: 31.12.1988  
HANS HIRTER

Eine vom EVD eingesetzte Expertengruppe stellte in einem Bericht einen Rückstand der Schweiz im Bereich der **computerintegrierten Fertigung** (CIM) insbesondere auf die BRD fest. Sie forderte ein vom Bund unterstütztes Sofortprogramm zur Förderung industrieorientierter CIM-Projekte und zur Verbesserung der Ausbildung.<sup>3</sup>

#### POSTULAT

DATUM: 27.09.2012  
LAURENT BERNHARD

Der Nationalrat überwies ein Postulat Fiala (fdp, ZH) **zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Zulieferindustrie**. Der Bundesrat sollte prüfen, wie diese Betriebe bei der angewandten Forschung und Entwicklung grenzüberschreitend vernetzt und eingebunden werden konnten.<sup>4</sup>

#### MOTION

DATUM: 08.06.2017  
GUILLAUME ZUMOFEN

Le processus de numérisation de l'économie, la forte internationalisation et le développement de la mobilité créent une forte concurrence entre les pays pour attirer les futures start-up à succès. Dans cette optique, Ruedi Noser (fdp/plr, ZH) a déposé une motion pour la création d'**un visa destiné aux fondateurs de jeunes entreprises**. Cette nouvelle catégorie de permis de travail renforcerait l'attractivité du site d'innovation et de recherche suisse. Si une démarche administrative simplifiée est proposée, une validité initiale limitée dans le temps, la crédibilité du plan d'affaire, l'accès à du capital-risque ainsi qu'aucun droit à des prestations sociales se positionnent comme des freins pour éviter les abus. Étant donné que l'accès au marché du travail suisse est facilité pour les ressortissants de l'UE et de l'AELE et que des admissions pour l'exercice d'une activité indépendante sont prévues pour les pays tiers, le Conseil fédéral a estimé qu'une catégorie spécifique de visa start-up n'était pas nécessaire en Suisse. La chambre des cantons s'est alignée sur les recommandations de l'exécutif. Elle a rejeté la motion par 20 voix contre 13 et 7 abstentions.<sup>5</sup>

#### POSTULAT

DATUM: 24.09.2020  
GUILLAUME ZUMOFEN

Etant donné que la medtech, la biotechnologie et la production pharmaceutique représentent plus de 5 pourcent du PIB helvétique, et que ce secteur dope la croissance chaque année, Martin Schmid (plr, GR) préconise un rapport sur la **préservation et le renforcement de la Suisse en tant que pôle de biotechnologie et de production pharmaceutique**. Le rapport a pour objectif de renforcer la collaboration entre le secteur de la production, les start-ups et la recherche universitaire, de préserver l'accès à du personnel qualifié, d'encourager l'arrivée d'entreprises innovantes en Suisse et de mettre en place un comité consultatif. Le Conseil fédéral s'est montré favorable au postulat. Il a été **adopté à l'unanimité** par la chambre des cantons.<sup>6</sup>

### Wirtschaftsordnung

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.1986  
HANS HIRTER

Die **neuen Technologien fanden** nicht nur unter dem Gesichtspunkt des von ihnen erwarteten Beitrags zur Umstellung auf ein qualitatives Wachstum **Beachtung**, sondern ebenfalls unter dem Aspekt ihrer **Bedeutung für die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft bzw. ihrer Auswirkungen auf die Arbeitswelt**. Die politischen Parteien zeigten sich bestrebt, das Kenntnisdefizit, welches ihnen in diesen Fragen attestiert worden war, zu beheben: Die FDP widmete ihren Parteitag dem Thema «Neue Technologien», die SPS befasste sich an ihrem Parteitag eingehend mit den Konsequenzen für die Arbeitswelt. Die Förderung der Forschung und Entwicklung, wie sie insbesondere von einigen europäischen Staaten mit Nachdruck betrieben wird, sowie die Tendenz zu wachsender internationaler Zusammenarbeit in Form von Grossprojekten (z.B. EUREKA) liessen in der Schweiz den **Ruf nach einem Überdenken der Forschungspolitik** ertönen. Der Einsatz der politischen Behörden dafür, dass schweizerischen Unternehmen die Teilnahme an derartigen Projekten nicht verunmöglicht wird, wurde als vordringlich erachtet. Allgemeine Zustimmung fand auch das Postulat einer besseren Koordination der Aktivitäten von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Die direkte Staatsbeteiligung an der praxisorientierten Forschung wird hingegen vom Vorort als wettbewerbsverzerrend abgelehnt und darf seiner Meinung nach nur in gut begründeten Ausnahmefällen wie beispielsweise in der

Umweltforschung geschehen.<sup>7</sup>

**POSTULAT**

DATUM: 31.12.1987  
HANS HIRTER

Eine Motion Braunschweig (sp, ZH), welche die **Schaffung von rechtlichen Grundlagen und Institutionen zur Untersuchung und Beurteilung der Folgen neuer Technologien für Mensch und Umwelt** forderte, wurde vom Nationalrat ebenfalls nur als Postulat überwiesen.<sup>8</sup>

---

1) AB NR, 1976, S. 1247 f.; AB SR, 1976, S. 36; Botschaft des Bundesrates... zum Voranschlag... für das Jahr 1976, S. 65; Documenta, 1/1976, S. 6; Documenta, 6/1976, S. 25 ff.; Fischer (1976). Das Gewerbe vor einem wirtschaftlichen und politischen Umbruch; Geschäftsbericht BR, 1976, S. 220; NZ, 24.2.76; TG, 3.3.76; JdG (ats), 31.8.76; NZZ, 17.11.76; Winterberger (1976). Die Erhaltung der Wettbewerbskraft der schweizerischen Wirtschaft.

2) AB NR, 1987, S. 1183 ff.; AB SR, 1987, S. 666 ff.; BBl, 1987, II, S. 910 ff.; SHIV (Vorort), Jahresbericht, 117/1986-87, S. 119 ff.; Ww, 7.5.87; SHZ, 7.5.87; wf, AD, 6.7.87

3) AT, 5.7.88; BZ, 11.7.88; Geschäftsbericht BR, 1988, S. 360 f.; Vgl. auch «Computerintegrierte Fertigung in der Schweiz», in wf, Dok., 40, 3.10.88, S. 1 ff.; «Das Aktionsprogramm zur Förderung computerintegrierter Fertigung», in wf, AD, 49, 5.12.88.

4) AB NR, 2012, S. 1779.

5) BO CE, 2017, pp.445 s.

6) BO CE, 2020, p.1060

7) Afheldt (1986). Der Staat – mehr als ein blinder Nachtwächter.; Bilanz, 6/1986; Hertig (1986). Bit, Byte, Parteien und die Herausforderung der neuen Technologien.; Mey (1986). Der Technologiewandel und die Zukunft der Schweizer Industrie.; Politische Rundschau, 65/1986, Nr. 2/3; Presse vom 23.6.86; Presse vom 25.8.86; NZZ, 26.8.86; Rote Revue, 65/1986, Nr. 7/8.; Schweiz. Handels- und Industrie-Verein (Vorort), Jahresbericht, 116/1985-86, S. 31 ff.; Sieber (1986). Staat und Wirtschaft im internationalen Technologiewettbewerb.

8) AB NR, 1987, S. 1432 f.